

Rede MdL Gudrun Pieper

zu TOP 19

"Europas Zukunft mitgestalten..."

15.05.2014

Sehr geehrter Herr Präsident/ Frau Präsidentin,
meine sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Das vereinte Europa ist **mehr** als ein gemeinsamer Binnenmarkt, **mehr** als eine gemeinsame Währung und **viel mehr** als eine gemeinsame Gesetzgebung.

Das vereinte Europa bedeutet für uns eine Wertegemeinschaft, die für Frieden, für Freiheit, für Verständigung und für Sicherheit steht.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
aus diesem Grunde begrüßen wir als CDU Fraktion es sehr, dass wir mit **diesem** gemeinsamen Antrag deutlich machen, wie wichtig die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger an der Europawahl ist. Eine Wahlbeteiligung unter 40% können und wollen wir nicht zulassen, denn schauen wir nur einmal auf unser Land Niedersachsen! Was wurde durch die Europäische Union in den vergangenen Jahren geschaffen?!

Nehmen wir das Beispiel **Strukturförderung**. Sie ist und bleibt eines der **zentralen** politischen Themen der Europäischen Union und festigt den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, steigert Wachstum und Beschäftigung und unterstützt die soziale Integration. Der demografische Wandel, der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der steigende Flächenverbrauch und der Klimawandel stellen Niedersachsen vor große Herausforderungen. Unsere Städte und Gemeinden benötigen bei dieser Aufgabe weiterhin Unterstützung! Deshalb müssen sie sich einer

verlässlichen Förderung ihrer Anstrengungen sicher sein können, um diese Aufgaben zu bewältigen. Die Europäische Union hat mit ihren Programmen EFRE, ESF und ELER hierzu einen wichtigen Beitrag geleistet.

Nehmen wir das Beispiel Gemeinsame Agrarpolitik (GAP). Sie bildet die Grundlage für eine gemeinsame Marktordnung und die Entwicklung der ländlichen Räume. Mit der Reform der EU-Agrarpolitik 2014 bis 2020 wurde eine gute Grundlage geschaffen, damit sich Landwirtschaft und die ländlichen Räume gut entwickeln können. Die Beschlüsse müssen nun praxisgerecht und unbürokratisch verlässlich umgesetzt werden und dazu brauchen wir ein stabiles Europäisches Parlament.

Nehmen wir ein weiteres Beispiel: Den **Wirtschaftsstandort** Niedersachsen: Niedersachsen profitiert enorm vom gemeinsamen Binnenmarkt. Jährlich gehen über 60 Prozent aller Exporte aus Niedersachsen in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Komplizierte Verwaltungsvorschriften, unterschiedliche Rechtssysteme und Bürokratie sind Exporthürden. Sie schwächen unseren Wirtschaftsstandort. Besonders unsere kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sind davon betroffen. Deswegen müssen wir uns gemeinsam konsequent für weniger Bürokratie einsetzen. Dies schafft Arbeitsplätze und stärkt die kommunalen Haushalte durch steigende Gewerbesteuer-einnahmen.

Als herausragendes Beispiel ist hierzu die Volkswagen AG zu nennen. Die Marke VW ist untrennbar mit dem Land Niedersachsen verbunden. Das VW-Gesetz aus dem Jahr 1960 unterstreicht und garantiert diese Verbundenheit, schützt die Beschäftigten und sichert den Industriestandort Niedersachsen (wenn VW hustet... KMU). Der Europäische Gerichtshof hat die Vereinbarkeit des VW-Gesetzes in seiner Neufassung aus dem Jahr 2009 mit dem europäischen Recht bestätigt. Das ist war für uns ein großer Erfolg der damaligen CDU-geführten Landes- und der Bundesregierungen.

Und ein letztes Beispiel (ich könnte noch viele nennen): Die **Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.**

Während in Deutschland, im Vergleich zu den anderen Staaten in der Europäischen Union, die Jugendarbeitslosigkeit gering ist, gibt es vor allem in den südlichen Ländern einen erheblichen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Aus unserer Sicht kann und darf sich Europa keine verlorene Generation leisten. Wir begrüßen daher die EU-Jugend-Offensive und geben unsere Erfahrungen, insbesondere im Bereich der dualen Ausbildung, weiter. Auch niedersächsische Unternehmen integrieren junge arbeitswillige Menschen aus anderen Ländern in den deutschen Arbeitsmarkt. Dabei hat das Modellprojekt der Ems-Achse eine Leuchtturmfunktion.

Das Bündnis aus Kommunen, Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Kammern hatte im Jahr 2012 erstmals junge Spanier in den Nordwesten Niedersachsens geholt, um ihnen eine Ausbildung anzubieten. Dies gilt es weiter voranzutreiben, ebenso die aktuellen Beschlüsse des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates, zur neuen Förderperiode 2014 bis 2020 die Mittelausstattung für das neue EU-Bildungsprogramm „Erasmus +“ um 40 Prozent auf 14,7 Mrd. Euro zu erhöhen. Die Einzelprogramme werden besser koordiniert und Synergien der unterschiedlichen Förderbereiche ausgebaut. Bewährte Programme wie „Erasmus“, „Comenius“ oder „Leonardo da Vinci“ bleiben erhalten. Unser Ziel ist es, auf Basis dieser EU-Bildungsprogramme, die Bildungsmobilität von und nach Niedersachsen zu erhöhen sowie den Jugendaustausch mit den EU-Mitgliedsstaaten weiter auszubauen.

Denn (Zitat aus dem gemeinsamen Antrag): **Europa sind wir alle.** Lassen wir es nicht zu, dass durch kleine Splitterparteien, womöglich noch vom rechten Rand, die Stabilität der Europäischen Union gefährdet wird. Dafür sollten wir uns alle gemeinsam einsetzen und die Menschen zur Teilnahme an der Wahl ermutigen. Wir stimmen diesem Antrag gerne zu!